



## **Pressemitteilung des Bundesausschusses Friedensratschlag anlässlich des bundesweiten Aktionstages der Friedensbewegung am 1.10.2022**

Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine eskaliert. Die Fronten verhärten sich. Die Sprache des Krieges wird unversöhnlicher, beide Seiten verstärken ihre Rüstung. Die Gefahr eines Einsatzes von Atomwaffen steigt weiter. Der Krieg tritt in eine neue Phase. Die Bedrohung für Europa wächst.

USA, NATO und Bundesregierung tragen Mitverantwortung an dieser Eskalation des Konflikts um die Ukraine. Der Ablauf sei hier kurz skizziert: Die Osterweiterungen der NATO geschehen gegen den Willen Russlands und stellen einen Bruch der NATO-Russland-Akte von 1997 dar; das NATO-Ziel seit 2014, die Militärausgaben ihrer Mitglieder auf zwei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung zu erhöhen, die zunehmenden Manöver und die Truppenstationierungen an der NATO-Ostflanke fördern die Konfrontation gegen Russland; die Kündigung des INF-Vertrages durch US-Präsident Trump ermöglicht den USA die Stationierung von Hyperschallwaffen („Dark Eagle“), die nur den einen militärischen Zweck verfolgen, von Deutschland aus den russischen Staat „enthaupten“ zu können (wie vor 40 Jahren die Pershing II); die Modernisierung von US-Atombomben in Westeuropa und ihrer Ausstattung mit Tarnkappenbomben F-35 im Rahmen der „Nuklearen Teilhabe“ ermöglicht ihnen erstmalig die Zerstörung unterirdischer Ziele in Russland; die Eskalation der Angriffe von Kiewer Seite gegen die „Volksrepubliken“ an der Kontaktlinie im Donbass Mitte Februar und die gleichzeitige Weigerung der ukrainischen Regierung, das Minsk II-Abkommen zur Integration der „Volksrepubliken“ in die Ukraine zu ermöglichen, verhindern eine Verhandlungslösung. Gleichzeitig verweigern USA und NATO einen Sicherheitsdialog mit Russland, so dass Russland keine Chance auf Sicherheitsgarantien erhält.

Dieser Teil der Verantwortung des Westens an der fatalen Konfliktenwicklung mit Russland verpflichtet die NATO-Staaten und die Bundesregierung, alles Erdenkliche zu tun, um einen drohenden Atomkrieg in Europa zu verhindern und sich aktiv an einer diplomatischen Lösung zu beteiligen. Der Weg der Konfliktlösung kann nicht länger darin bestehen, vom hohen Ross des moralisch Guten herunter, mittels Waffenlieferungen an die eine Seite und Festhaltens an Maximalforderungen an die andere Seite, den Krieg auf Dauerschleife zustellen, um Russland eines Tages im Krieg zu besiegen.

Besonders fatal ist es, ein gigantisches Aufrüstungsprogramm der Bundeswehr mit nie dagewesenen Megaprojekten wie das futuristische nuklearfähige Luftkampfsystem FCAS und eine neue Generation von Kampfpanzern mit den 100 Milliarden Euro Sonder-Schulden zu finanzieren. Hiermit und mit den Hunderten Milliarden Euro, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten dauerhaft das Zwei-Prozent-Ziel sichern sollen, wird die hoch gefährliche Konfrontationspolitik gegen Russland und auch gegen China sehr verstärkt fortgesetzt.

Die Bundestagsberatungen zum Rüstungshaushalt sind angelaufen. Im Jahr 2023 soll er einen Satz um 15 Prozent nach oben auf dann ca. 64 Milliarden Euro machen. Wir nehmen die Haushaltsberatungen zum Anlass, die Bevölkerung aufzurufen, sich bundesweit aktiv am dezentralen Aktionstag der Friedensbewegung am

**Samstag, den 1. Oktober 2022** zu beteiligen.

**Keinen Euro für Krieg und Zerstörung! Statt dessen Milliarden für eine soziale, gerechte und ökologische Friedenspolitik!**

**Stoppt den Krieg! Verhandeln statt Schießen!**

Hier die Veranstaltungsliste: <https://www.friedenskooperative.de/themen/aktionstag-1-oktober>

Hier der Aufruftext: <https://verhandeln-statt-schiessen.de/>

Kontakt: Lühr Henken mobil +49160-4066630 / Willi van Ooyen mobil +49170-1851517